

## **Anzug betreffend eine neue Asylpolitik**

Erneut hat im Januar die Zahl der Asylgesuche zugenommen. Diese Entwicklung macht den Liberalen grosse Sorge. In der vergangenen Woche hat der Stadtrat von Zürich einstimmig vorgeschlagen, die Schweizer Asylpolitik zu überdenken. So werden in 10 Thesen folgende Änderungen und Schritte angeregt:

- Asylsuchende zur Arbeit berechtigen und verpflichten.
- Nützliche Arbeitsangebote bereitstellen.
- Den Aufenthalt der Asylsuchenden durch deren eigene Arbeit finanzieren.
- Kinder und Jugendliche von Asylsuchenden auszubilden.
- Unterkünfte von Asylsuchenden selbst organisieren zu lassen.
- Unterstützung durch Landsleute der Asylsuchenden einzufordern.
- Asylentscheide zu beschleunigen.
- Leistungen der Gemeinde durch Bund und Kantone zu finanzieren und kriminelle Asylsuchende sofort auszuschaffen.

Ferner regt der Stadtrat an, dringend eine nationale Asylkonferenz einzuberufen.

Die LDP Basel-Stadt hatte sich bereits früher wiederholt mit der Frage auseinandergesetzt, ob es sinnvoll ist, Asylsuchende nicht von Anfang ihres Aufenthaltes an zur Arbeit heranzuziehen. Sie hat insbesondere wiederholt gefordert, dass kriminelle Asylsuchende separat behandelt, ja eventuell sofort ausgeschafft werden sollen. Nur mit einem korrekten Verfahren und mit einer gegenüber anderen Anspruchsgruppen stimmigen Behandlung der Asylsuchenden werden wir auf die Dauer das Verständnis für unsere traditionelle humanitäre Asylpolitik aufrecht erhalten können. Im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen aus Zürich und in Kenntnis der Basler Praxis bitten wir den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten,

1. wie die Anliegen des Stadtrates von Zürich durch unseren Kanton unterstützt werden können?
2. ob und wie alle Asylsuchenden sofort (und nicht erst nach drei Monaten) zur Arbeit im öffentlichen Bereich herangezogen werden können?
3. wie die Asylsuchenden dank dieser Erwerbsmöglichkeit zur Mitfinanzierung der Aufenthaltskosten herangezogen werden können?
4. wieweit Unterkünfte von Asylbewerbern in Basel-Stadt bereits heute intern durch diese selbst organisiert werden können?
5. ob die heutige Basler Praxis zur Ausbildung der Kinder und Jugendlichen unter den Asylsuchenden optimal organisiert ist?
6. welche Unterstützungen durch Landsleute bereits heute in unserem Kanton organisiert werden können?
7. welche Schritte durch die Regierung des Kantons Basel-Stadt unternommen werden können, damit kriminelle Asylsuchende sofort ausgeschafft werden?
8. ob und wie die Regierung unverzüglich zusammen mit anderen Interessierten die Einberufung einer dringlichen nationalen Asylkonferenz verlangen und/oder diese Forderung unterstützen kann?

Dr. A. Burckhardt, N. Schaub, Ch. Wirz, P. A. Zahn, Dr. C. F. Beranek, Th. Seckinger, Dr. A. C. Albrecht, R. Vonder Mühl, S. Haller, P. Zikernagel